

**Roland von Buren**

Professor an der Universität Bern  
Rechtsanwalt, Bern

**Eugen Marbach**

Professor an der Universität Bern  
Fürsprecher, Bern

# **Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht**

Zweite, vollständig überarbeitete Auflage



Stämpfli Verlag AG Bern • 2002

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	XXVII
<b>Rechtsquellenverzeichnis</b> .....	XXXIII
<b>Materialien</b> .....	XLVII
<b>Weiterführende Literatur</b> .....	XLIX
<b>1. Kapitel: Einleitung</b> .....	1
1. Die Immaterialgüterrechte .....	1
2. Das Wettbewerbsrecht .....	2
3. Das Verhältnis zwischen Immaterialgüterrecht und Wettbewerbsrecht .....	2
4. Das Verfahrensrecht .....	3
<b>2. Kapitel: Patentrecht</b> .....	5
Vorbemerkungen .....	5
1. Die Erfindung .....	5
1.1. Begriff .....	5
a) Fehlende Legaldefinition .....	5
b) Aufgabe und Lösung .....	6
c) Technizität .....	6
1.2. Abgrenzungen .....	7
a) Entdeckungen .....	7
b) Ästhetische Formschöpfungen .....	8
c) Anweisungen an den menschlichen Geist .....	8
1.3. Kategorien .....	9
a) Verfahren .....	9
b) Erzeugniserfindungen .....	10
c) Anwendungs- und Verwendungspatente .....	10
2. Schutzvoraussetzungen .....	10
2.1. Neuheit .....	10
a) Begriff .....	10
b) Stand der Technik .....	11
c) Ältere Drittrechte .....	12
d) Neue Verwendung bekannter Stoffe .....	12
e) Unschädliche Offenbarungen .....	13
f) Das Prioritätsrecht .....	13
2.2. Nicht-Naheliegen / erfinderische Tätigkeit .....	14
a) Begriff und Funktion .....	14
b) Beurteilungsmethode .....	14
c) Indizien .....	15
d) Der Lösungsweg .....	16
aa) Übertragungserfindungen .....	16
bb) Kombinationserfindungen .....	17
cc) Auswahlerfindungen .....	17

e)	Das Verbot rückblickender Betrachtungsweise . . . . .	17
2.3.	Gewerbliche Anwendbarkeit . . . . .	18
3.	Ausnahmen vom Patentschutz . . . . .	18
3.1.	Verstoss gegen die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten . . . . .	18
3.2.	Verfahren der Chirurgie, Therapie und Diagnostik . . . . .	18
3.3.	Lebendige Materie . . . . .	19
a)	Problemstellung . . . . .	19
4.	Erwerb des Patentrechtes . . . . .	20
4.1.	Das Recht auf das Patent . . . . .	20
4.2.	Die Berechtigten . . . . .	20
a)	Das Schöpferprinzip . . . . .	20
b)	Mehrheit von Erfindern . . . . .	21
c)	Doppelerfindung . . . . .	21
d)	Rechtsnachfolger des Erfinders . . . . .	21
e)	Sonstige Berechtigte . . . . .	22
4.3.	Die Erfindungsanmassung . . . . .	23
5.	Das Erteilungsverfahren . . . . .	24
5.1.	Allgemeines . . . . .	24
a)	Funktion der Patentanmeldung . . . . .	24
b)	Geprüfte und ungeprüfte Patente . . . . .	24
c)	Das Schweizer Patent . . . . .	25
d)	Das Europäische Patent . . . . .	25
e)	Die PCT- Anmeldung . . . . .	26
f)	Mögliche Anmeldestrategien . . . . .	26
g)	Das Verbot des Doppelschutzes . . . . .	26
5.2.	Die Patentanmeldung . . . . .	27
a)	Gesuch . . . . .	27
b)	Die Patentansprüche . . . . .	27
c)	Beschreibung und Zeichnungen . . . . .	28
d)	Die Zusammenfassung . . . . .	29
e)	Erfindernennung . . . . .	29
5.3.	Prüfungsverfahren . . . . .	29
a)	Das Prüfungsverfahren vor dem IGE . . . . .	29
5.4.	Der Registereintrag . . . . .	30
a)	Die erfinderische Lehre gehört zum Stand der Technik . . . . .	30
b)	Die Rechtsbeständigkeit des Patentes ist zu vermuten . . . . .	30
c)	Schutz des guten Glaubens . . . . .	30
6.	Inhalt des Patentrechtes (Recht aus dem Patent) . . . . .	31
6.1.	Der Ausschliesslichkeitsanspruch . . . . .	31
a)	Grundsatz . . . . .	31
b)	Räumlicher Schutzzumfang . . . . .	31
c)	Sachlicher Schutzzumfang / Auslegung des Patentanspruchs . . . . .	31

6.2.	Die widerrechtliche Benützung . . . . .	32
	a) Grundsatz . . . . .	32
	b) Gewerbmässige Benützung. . . . .	32
	c) Die einzelnen Benützungstatbestände. . . . .	33
6.3.	Der Verletzungstatbestand . . . . .	34
	a) Die Nachmachung . . . . .	34
	b) Die Nachahmung . . . . .	34
6.4.	Weitere Haftungstatbestände. . . . .	35
	a) Auskunftsanspruch . . . . .	35
	b) Entfernung von Patentzeichen. . . . .	35
6.5.	Die Erschöpfung. . . . .	36
6.6.	Schranken des Ausschliesslichkeitsanspruchs. . . . .	36
	a) Mitbenützungsrecht. . . . .	36
	b) Ausländische Verkehrsmittel. . . . .	37
	c) Kartellrechtliche Schranken. . . . .	37
6.7.	Gesetzliche Lizenzansprüche. . . . .	37
	a) Abhängige Erfindung. . . . .	38
	b) Lizenz bei ungenügender Marktversorgung . . . . .	38
	c) Lizenz im öffentlichen Interesse. . . . .	38
7.	Bestand des Patentes. . . . .	39
7.1.	Schutzdauer. . . . .	39
7.2.	Vorzeitiges Erlöschen des Patentes. . . . .	39
	a) Fehlende Bezahlung der Jahresgebühren. . . . .	39
	b) Verzicht / Nichtigkeitsurteil. . . . .	39
7.3.	Nachträgliche Einschränkung des Schutzbereiches . . . . .	40
7.4.	Ergänzende Schutzzertifikate für Arzneimittel und Pflanzenschutzmittel. . . . .	41
	a) Problemstellung. . . . .	41
<b>3. Kapitel:</b>	<b>Urheberrecht und verwandte Schutzrechte . . . . .</b>	<b>43</b>
1.	Gegenstand . . . . .	43
2.	Das urheberrechtlich geschützte Werk. . . . .	43
2.1.	Der gesetzliche Begriff. . . . .	43
	a) Geistige Schöpfung . . . . .	44
	b) Wahrnehmbarmachung . . . . .	44
	c) Individualität. . . . .	44
	d) Literatur und Kunst. . . . .	45
	e) Wert und Zweck. . . . .	45
	f) Form und Inhalt . . . . .	45
2.2.	Die verschiedenen Arten von Werken. . . . .	46
	a) Sprachwerke. . . . .	46
	b) Akustische Werke. . . . .	47
	c) Werke der bildenden Kunst . . . . .	47
	d) Werke mit wissenschaftlichem oder technischem Inhalt . . . . .	48
	e) Werke der Baukunst. . . . .	48
	f) Werke der angewandten Kunst . . . . .	49
	g) Visuelle und audiovisuelle Werke. . . . .	49

h)	Choreografische Werke und Pantomimen . . . . .	49
i)	Computerprogramme . . . . .	49
2.3.	Sonderfälle . . . . .	50
a)	Schutz von Entwürfen, Titeln und Werkteilen ..	50
b)	Werke zweiter Hand . . . . .	50
c)	Sammelwerke . . . . .	51
2.4.	Die nicht geschützten Werke . . . . .	52
3.	Der Urheber . . . . .	52
3.1.	Der gesetzliche Begriff . . . . .	52
3.2.	Die Vermutung der Urheberschaft . . . . .	52
3.3.	Die kollektive Werkschöpfung . . . . .	53
a)	Die Miturheberschaft . . . . .	53
b)	Die Urheber verbundener Werke . . . . .	54
3.4.	Die abhängige Werkschöpfung . . . . .	55
4.	Inhalt des Urheberrechts . . . . .	55
4.1.	Die Verwendungsrechte . . . . .	56
a)	Vervielfältigungsrecht . . . . .	56
b)	Verbreitungsrecht . . . . .	56
c)	Recht zur Wahrnehmbarmachung . . . . .	56
d)	Senderecht . . . . .	57
e)	Weitersenderecht . . . . .	57
f)	Wahrnehmbarmachung von Sendungen und Weitersendungen . . . . .	57
g)	Vermieten von Computerprogrammen . . . . .	57
h)	Änderungs- und Bearbeitungsrecht . . . . .	57
4.2.	Die Urheberpersönlichkeitsrechte . . . . .	58
a)	Recht auf Erstveröffentlichung . . . . .	58
b)	Recht auf Urhebernennung . . . . .	58
c)	Recht auf Werkintegrität . . . . .	59
4.3.	Verhältnis des Urhebers zum Eigentümer des Werkexemplars . . . . .	59
a)	Erschöpfungsgrundsatz . . . . .	59
b)	Vermieten von Werkexemplaren . . . . .	60
c)	Zutrittsrecht . . . . .	61
d)	Ausstellungsrecht . . . . .	61
e)	Zerstörung von Originalwerken . . . . .	61
5.	Schranken des Urheberrechts . . . . .	62
5.1.	Eigengebrauch . . . . .	62
a)	Privatgebrauch . . . . .	63
b)	Schulgebrauch . . . . .	63
c)	Betriebsinterner Gebrauch . . . . .	64
5.2.	Verbreitung gesendeter Werke . . . . .	64
5.3.	Zwangslizenz zur Herstellung von Tonträgern . . . . .	65
5.4.	Archivierungs- und Sicherungsexemplare . . . . .	65
5.5.	Zitate . . . . .	65
5.6.	Museums-, Messe- und Auktionskataloge . . . . .	66
5.7.	Werke auf allgemein zugänglichem Grund . . . . .	66
5.8.	Berichterstattung über aktuelle Ereignisse . . . . .	66

6.	Schutzdauer	67
6.1.	Beginn des Schutzes	67
6.2.	Ende des Schutzes	67
7.	Rechtsübergang	68
7.1.	Grundsatz	68
7.2.	Computerprogramme	69
7.3.	Zwangsvollstreckung	69
8.	Die verwandten Schutzrechte	69
8.1.	Verhältnis zwischen Urheberrechten und verwandten Schutzrechten	70
8.2.	Rechte der ausübenden Künstler	70
8.3.	Rechte der Hersteller von Ton- und Tonbildträgern	72
8.4.	Rechte der Sendeunternehmen	72
9.	Die Verwertungsgesellschaften	73
9.1.	Die Rolle der Verwertungsgesellschaften	73
9.2.	Die in der Schweiz tätigen Verwertungs- gesellschaften	73
9.3.	Die der Bundesaufsicht unterstellten Verwertungsbereiche	74
9.4.	Pflichten der Verwertungsgesellschaften	74
9.5.	Aufsicht über die Verwertungsgesellschaften	76
<b>4. Kapitel:</b>	<b>Designrecht</b>	<b>77</b>
1.	Gegenstand des Designrechts	77
1.1.	Begriff	77
1.2.	Die einzelnen Begriffsmerkmale	78
a)	Die Gestaltung muss visuell wahrnehmbar sein	78
b)	Die Gestaltung muss genügend präzise sein, um als Grundlage für die abstrakte Vervielfältigung zu dienen	79
1.3.	Abgrenzungen	79
2.	Schutzvoraussetzungen	80
2.1.	Die Gestaltung muss neu sein	81
a)	Grundsatz	81
b)	Vergleichsmassstab	81
c)	Unschädliche Offenbarung	82
d)	Fehlende Möglichkeiten zur Recherche	83
2.2.	Die Gestaltung muss Eigenart aufweisen	83
a)	Begriff	83
b)	Methodik der Beurteilung	84
3.	Schutzausschlussgründe	85
3.1.	Übersicht	85
3.2.	Die Gestaltung darf nicht ausschliesslich technisch bedingt sein	86
3.3.	Die Gestaltung darf weder gegen geltendes Recht noch die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten verstossen	87

3.4.	Die Gestaltung darf nicht freihaltebedürftig sein ...	87
4.	Entstehung des Designrechts. ....	88
4.1.	Grundlagen. ....	88
	a) Das Hinterlegungsprinzip. ....	88
	b) Das Schöpferprinzip. ....	88
	c) Rechtsfolgen angemasster Hinterlegung. ....	89
	d) Verfahren. ....	89
4.2.	Die Hinterlegung. ....	89
	a) Voraussetzungen. ....	89
	b) Sammelhinterlegungen. ....	90
	c) Erläuterung der Hinterlegung. ....	90
	d) Wirkungen der Hinterlegung. ....	91
4.3.	Priorität. ....	91
	a) Grundsatz. ....	91
	b) Unionspriorität. ....	91
	c) Gegenrechtspriorität. ....	91
	d) Formvorschriften. ....	91
4.4.	Prüfung durch die Registerbehörde. ....	92
	a) Kognition. ....	92
	b) Rechtsmittel. ....	92
4.5.	Eintrag und Veröffentlichung. ....	92
	a) Grundsatz. ....	92
	b) Aufschub der Veröffentlichung. ....	93
4.6.	Gebühren. ....	93
4.7.	Internationale Hinterlegung. ....	93
5.	Bestand des Designrechts. ....	94
5.1.	Schutzdauer und Verlängerungsmöglichkeiten. ....	94
5.2.	Fehlender Gebrauchszwang. ....	94
6.	Inhalt des Designrechts. ....	94
6.1.	Ausschliessliches Recht. ....	94
6.2.	Schutzumfang. ....	95
	a) Beurteilungsmethode. ....	95
	b) Die erforderliche Verschiedenheit. ....	96
	c) Gebrauch für andersartige Waren. ....	96
6.3.	Schranken des Designrechtes. ....	97
	a) Erschöpfung. ....	97
	b) Dekorativer Gebrauch. ....	97
	c) Weiterbenützungrecht. ....	97
	d) Mitbenützungrecht. ....	98
7.	Rechtsübergang. ....	98
8.	Übergangsbestimmungen. ....	98
<b>5. Kapitel:</b>	<b>Kennzeichenrecht</b> .....	<b>99</b>
	Vorbemerkungen. ....	99
A.	<i>Markenrecht</i> . ....	100
1.	Der Gegenstand des Markenrechts. ....	100
1.1.	Funktion der Marke. ....	100
1.2.	Begriff der Marke. ....	100

1.3.	Erscheinungsformen . . . . .	101
2.	Absolute Schutzausschlussgründe (MSchG 2). . . . .	102
2.1.	Überblick . . . . .	102
2.2.	Zeichen des Gemeingutes (MSchG 2 a). . . . .	103
	a) Sachbezeichnungen und Beschaffenheits-	
	angaben . . . . .	103
	b) Freizeichen . . . . .	105
	c) Unmittelbare Herkunftsangaben . . . . .	105
	d) Elementare Zeichen und Farben . . . . .	106
	e) Verkehrsdurchsetzung . . . . .	106
2.3.	Schutzunfähige Waren- und Verpackungsformen (MSchG 2 b). . . . .	107
2.4.	Irreführende Zeichen (MSchG 2 c). . . . .	107
2.5.	Rechts-, sitten- und ordnungswidrige Zeichen (MSchG 2 d). . . . .	108
3.	Relative Schutzausschlussgründe (MSchG 3). . . . .	108
3.1.	Überblick . . . . .	108
3.2.	Verwechslungsgefahr. . . . .	109
3.3.	Methodik . . . . .	109
	a) Relativität von Zeichen- und Produktabstand ..	109
	b) Starke Zeichen geniessen einen grösseren Schutzumfang. . . . .	110
	c) Die Art von Waren und Dienstleistungen. . . . .	111
3.4.	Gleichartigkeit von Waren und Dienstleistungen ..	111
3.5.	Zeichenähnlichkeit . . . . .	113
	a) Allgemeine Regeln . . . . .	113
	aa) Grundlage ist der Registereintrag . . . . .	113
	bb) Ausschlaggebend ist das Erinnerungsbild. . . . . .	113
	cc) Massgebend ist der Gesamteindruck. . . . .	113
	b) Wortmarken . . . . .	114
	c) Kombinierte Wort- und Bildmarken. . . . .	117
	d) Bildmarken. . . . .	117
4.	Erwerb des Markenrechts. . . . .	118
4.1.	Grundsatz . . . . .	118
4.2.	Das Eintragungsverfahren. . . . .	119
	a) Hinterlegung . . . . .	119
	b) Markenprüfung . . . . .	119
	c) Publikation. . . . .	121
4.3.	Priorität . . . . .	121
	a) Hinterlegungspriorität . . . . .	121
	b) Unionspriorität . . . . .	121
	c) Gegenrechtspriorität . . . . .	122
	d) Ausstellungspriorität . . . . .	122
	e) Notorietät als Ausnahmetatbestand . . . . .	122
4.4.	Das Markenregister. . . . .	122
4.5.	Das Widerspruchsverfahren. . . . .	123
4.6.	Rechtsmittel. . . . .	125



4.7.	Die internationale Hinterlegung . . . . .	125
5.	Inhalt des Markenrechts. . . . .	125
5.1.	Der Ausschliesslichkeitsanspruch. . . . .	125
5.2.	Die einzelnen Verbotsansprüche. . . . .	126
5.3.	Schranken des Ausschliesslichkeitsrechts. . . . .	127
	a) Weiterbenützungrecht. . . . .	127
	b) Sachlicher Mitgebrauch. . . . .	128
	c) Erschöpfung. . . . .	128
	d) Mitbenützungrecht des Gleichnamigen. . . . .	129
	e) Verwirkung. . . . .	129
	f) Die berühmte Marke. . . . .	129
6.	Bestand des Markenrechts. . . . .	130
6.1.	Keine Befristung des Markenschutzes. . . . .	130
6.2.	Gültigkeitsdauer und Verlängerung. . . . .	130
6.3.	Der Gebrauchszwang. . . . .	131
	a) Grundsatz. . . . .	131
	b) Stellvertretender Gebrauch. . . . .	132
	c) Gebrauch in abweichender Form. . . . .	132
	d) Gebrauch für andere Waren. . . . .	132
	e) Folgen des Nichtgebrauchs. . . . .	132
7.	Übertragung und Lizenz. . . . .	133
8.	Garantie- und Kollektivmarken. . . . .	133
8.1.	Begriff und Funktion. . . . .	133
8.2.	Trägerschaft. . . . .	134
8.3.	Das Markenreglement. . . . .	134
8.4.	Nutzungsbefugnis. . . . .	135
B.	<i>Andere registrierte Kennzeichen.</i> . . . . .	135
9.	Die Firma. . . . .	135
9.1.	Begriff. . . . .	135
9.2.	Firmenkern und -zusätze. . . . .	136
9.3.	Grundsätze der Firmenbildung. . . . .	137
	a) Konkrete Vorgaben für die verschiedenen Gesellschaftsformen. . . . .	137
	b) Sprache. . . . .	137
	c) Schranken. . . . .	138
	d) Prüfung. . . . .	138
9.4.	Ausschliesslichkeitsanspruch. . . . .	138
	a) Grundsatz. . . . .	138
	b) Schutzzumfang. . . . .	139
	c) Dispositionsgrundsatz. . . . .	139
9.5.	Firmengebrauchspflicht. . . . .	140
9.6.	Fehlende Übertragbarkeit. . . . .	140
9.7.	Änderung des Firmennamens. . . . .	140
10.	Registrierte Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben. . . . .	141
C.	<i>Nicht registrierte Kennzeichen.</i> . . . . .	142
11.	Überblick. . . . .	142
11.1.	Enseigne. . . . .	144

11.2. Nicht registrierte Herkunftsangaben . . . . .	.144
11.3. Ausländische Handelsnamen . . . . .	.144
<b>6. Kapitel: Verwertung von Immaterialgüterrechten . . . . .</b>	<b>.145</b>
1. Vollständige Abtretung . . . . .	.145
1.1. Abtretung von Immaterialgütern, Anwartschaften auf Immaterialgüterrechte und Immaterialgüterrechten . . . . .	.145
1.2. Erschöpfung von Immaterialgüterrechten . . . . .	.145
1.3. Übertragbarkeit von Immaterialgüterrechten. . . . .	.146
1.4. Arten des Rechtserwerbs. . . . .	.147
1.5. Form des Rechtserwerbs. . . . .	.147
1.6. Originärer und derivativer Rechtserwerb. . . . .	.147
2. Teilweise Abtretung . . . . .	.149
2.1. Nach räumlichen Kriterien . . . . .	.149
2.2. Nach inhaltlichen Kriterien . . . . .	.149
2.3. Insbesondere: Der Verlagsvertrag . . . . .	.150
a) Begriff und Gegenstand des Verlagsvertrags . . . . .	.150
b) Pflichten des Verlagebers. . . . .	.150
c) Pflichten des Verlegers. . . . .	.151
3. Einräumung von Pfand- und Nutzungsrechten. . . . .	.151
3.1. Pfandrechte. . . . .	.151
3.2. Nutzniessungsrechte. . . . .	.152
3.3. Der Lizenzvertrag . . . . .	.152
a) Begriff und Rechtsnatur. . . . .	.152
b) Arten von Lizenzen . . . . .	.153
c) Geltungsbereich eines Lizenzvertrags. . . . .	.154
d) Pflichten des Lizenzgebers. . . . .	.154
e) Pflichten des Lizenznehmers. . . . .	.155
f) Folgen der Nichtigkeit des Lizenzobjekts. . . . .	.155
g) Aktivlegitimation des Lizenznehmers. . . . .	.156
4. Zwangsvollstreckung . . . . .	.156
<b>7. Kapitel: Rechtsschutz . . . . .</b>	<b>.157</b>
Vorbemerkungen . . . . .	.157
A. <i>Zivilrechtlicher Schutz</i> . . . . .	.157
1. Grundlagen. . . . .	.157
1.1. Verhältnis zwischen bundesrechtlichen und kantonalen Verfahrensbestimmungen. . . . .	.157
1.2. Bestandes- und Verletzungsklagen . . . . .	.158
2. Örtliche Zuständigkeit . . . . .	.159
2.1. Binnensachverhalt / Internationaler Sachverhalt... . . . .	.159
2.2. Die innerschweizerische Zuständigkeitsregelung .. . . .	.160
a) Bestandesklagen. . . . .	.160
b) Verletzungsklagen. . . . .	.160
c) Vertragsklagen. . . . .	.161
2.3. Die internationale Zuständigkeit nach IPRG / LugÜ. . . . .	.162

2.4.	Die nationale und internationale Zuständigkeit im Massnahmeverfahren . . . . .	163
2.5.	Sonderfragen . . . . .	164
	a) Widerklage . . . . .	164
	b) Mehrere Beklagte . . . . .	164
3.	Sachliche Zuständigkeit . . . . .	164
	a) Einzige kantonale Instanz . . . . .	164
	b) Kompetenzattraktion im Lauterkeitsrecht . . . . .	165
	c) Schiedsgerichte . . . . .	165
4.	Die einzelnen zivilrechtlichen Ansprüche . . . . .	165
4.1.	Die Bestandesklagen . . . . .	165
	a) Die Nichtigkeitsklage . . . . .	166
	b) Übertragungsklagen . . . . .	166
4.2.	Die Verletzungsklagen . . . . .	167
	a) Überblick . . . . .	167
	b) Unterlassungsbegehren . . . . .	169
	c) Beseitigungsbegehren . . . . .	170
	d) Urteilspublikation . . . . .	170
	e) Auskunftsbegehren . . . . .	171
	f) Positive Feststellungsklage . . . . .	171
4.3.	Klagen auf Schadenersatz, Genugtuung und Gewinnherausgabe . . . . .	172
	a) Generelle Hinweise . . . . .	172
	b) Schadenersatz . . . . .	172
	c) Gewinnherausgabe und Bereicherung . . . . .	173
	d) Genugtuung . . . . .	173
	e) Verjährung . . . . .	174
5.	Rechtsschutzinteresse und Legitimation . . . . .	174
5.1.	Rechtsschutzinteresse . . . . .	174
	a) Bestandesklagen . . . . .	174
	b) Verletzungsklagen . . . . .	175
5.2.	Aktivlegitimation . . . . .	175
	a) Grundsatz . . . . .	175
	b) Die Legitimation des Lizenznehmers . . . . .	176
	c) Klagelegitimation des Kunden . . . . .	176
	d) Legitimation des Bundes . . . . .	176
	e) Berufs- und Wirtschaftsverbände/ Konsumentenorganisation . . . . .	177
5.3.	Passivlegitimation . . . . .	177
	a) Bestandesklagen . . . . .	177
	b) Verletzungsklagen . . . . .	177
6.	Beweisrecht . . . . .	178
6.1.	Beweislast . . . . .	178
6.2.	Beweismittel . . . . .	179
6.3.	Beweiswürdigung . . . . .	179
7.	Verwirkung . . . . .	179
8.	Sonderfragen . . . . .	180
8.1.	Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisse . . . . .	180

8.2.	Das patentrechtliche Verbot der Stufenklage. . . . .	180
8.3.	Lauterkeitsrechtliche Sonderverfahren. . . . .	181
9.	Funktion vorsorglicher Massnahmen. . . . .	181
9.1.	Notwendigkeit vorsorglicher Massnahmen. . . . .	181
9.2.	Inhalt vorsorglicher Massnahmen. . . . .	182
9.3.	Voraussetzungen . . . . .	183
	a) Glaubhaft dargelegte Verletzungshandlung . . . . .	184
	b) Nicht leicht wiedergutzumachender Nachteil .. . . .	184
	c) Verhältnismässigkeit . . . . .	184
	d) Dringlichkeit. . . . .	185
9.4.	Das Medienprivileg. . . . .	185
9.5.	Verfahren. . . . .	186
	a) Bundesrecht / Kantonales Recht. . . . .	186
	b) Superprovisorische Massnahmen. . . . .	186
	c) Schutzschriften. . . . .	187
9.6.	Bestand von vorsorglichen Massnahmen. . . . .	187
	a) Geltungsdauer. . . . .	187
	b) Rechtskraft. . . . .	187
9.7.	Schadenersatzpflicht und Sicherheitsleistung. . . . .	188
B.	Hilfeleistungen der Zollverwaltung. . . . .	188
C.	Strafrechtlicher Schutz. . . . .	189
<b>8. Kapitel:</b>	<b>Lauterkeitsrecht</b> . . . . .	<b>191</b>
1.	Gegenstand . . . . .	191
1.1.	Zweck. . . . .	191
1.2.	Geltungsbereich. . . . .	192
	a) Persönlicher Geltungsbereich. . . . .	192
	b) Sachlicher Geltungsbereich. . . . .	193
	c) Örtlicher Geltungsbereich. . . . .	196
	aa) Zivilansprüche. . . . .	196
	bb) Strafrecht. . . . .	197
1.3.	Verhältnis zu den immaterialgüterrechtlichen Spezialge . . . . . setzen. . . . .	197
2.	Die Generalklausel. . . . .	200
2.1.	Allgemeines. . . . .	200
2.2.	Konkretisierung. . . . .	201
	a) Unzulässige Kundenbeeinflussung . . . . .	201
	aa) Unsachliche Werbung. . . . .	201
	bb) Nötigung/Belästigung. . . . .	202
	cc) Ausnützen des Spieltriebs. . . . .	203
	dd) Laienwerbung. . . . .	204
	b) Unkorrektes Vorgehen gegenüber Mitbewerbern. . . . .	204
	aa) Parallelanmeldung von Immaterial- güterrechten . . . . .	204
	bb) Anlehnung an Leistungen Dritter. . . . .	205
	cc) Entfernen von Kontrollnummern oder Kontrollzeichen. . . . .	205

3.	Spezialtatbestände	206
3.1.	Allgemeines	206
3.2.	Herabsetzung (UWG 3 a)	206
3.3.	Begünstigung	209
	a) Irreführende Angaben oder Produktgestaltung (UWG 3 b, c und i)	209
	b) Irreführung über die Betriebsherkunft (UWG 3 d)	213
	c) Vergleichende Werbung (UWG 3 e)	218
	d) Lockvögel (UWG 3 f)	220
	e) Zugaben (UWG 3 g)	221
	f) Irreführende Geschäftsbedingungen (UWG 8)	222
	g) Täuschende Angebotspraktiken bei Abzahlungskäufen, Kleinkreditverträgen usw. (UWG 3 k-m)	224
3.4.	Aggressiver Kundenfang (UWG 3 h)	225
3.5.	Verleitung zur Vertragsverletzung oder -auflösung (UWG 4 a, b und d)	226
3.6.	Verwertung fremder Leistung (Leistungsschutz, UWG 5)	227
3.7.	Verletzung von Fabrikations- und Geschäftsgeheimnissen (UWG 4 c und UWG 6)	230
3.8.	Missachtung von Arbeitsbedingungen, Lohndumping (UWG 7)	232
4.	Verwaltungs- und Verfahrensrecht	232
<b>9. Kapitel:</b>	<b>Kartellrecht</b>	<b>235</b>
A.	<i>Schweizerisches Kartellrecht</i>	235
1.	Gegenstand	235
1.1.	Zweck	235
1.2.	Verfassungsrechtliche Grundlagen und Wettbewerbsbegriff	235
1.3.	Geltungsbereich	238
	a) Persönlicher Geltungsbereich	238
	b) Sachlicher Geltungsbereich	241
	c) Örtlicher Geltungsbereich	242
	d) Die Wirkung der Unterstellung unter das KG	242
1.4.	Verhältnis zu anderen Rechtsvorschriften	242
	a) Ausschluss des Wettbewerbs durch öffentlich-rechtliche Vorschriften	242
	b) Gesetzgebung über das geistige Eigentum	243
	c) Preisüberwachungsgesetz	247
	d) Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb	247
	e) Binnenmarktgesetz	247
2.	Unzulässige Wettbewerbsabreden	249
2.1.	Begriff der Wettbewerbsabrede	249

a)	Zwei oder mehr Unternehmen. . . . .	249
b)	Horizontal- oder Vertikalabrede. . . . .	250
c)	Bezwecken oder Bewirken einer Wettbewerbsbeschränkung. . . . .	250
d)	Unerheblichkeit der rechtlichen Grundlage ...	250
e)	Wettbewerbsabreden innerhalb von Konzernen?. . . . .	251
f)	Gemeinschaftsunternehmen als Wettbewerbsabreden?. . . . .	252
2.2.	Begriff des relevanten Markts. . . . .	252
2.3.	Begriff des wirksamen Wettbewerbs. . . . .	254
2.4.	Der Grundsatz von KG 51. . . . .	255
2.5.	Erhebliche Beeinträchtigung des wirksamen Wettbewerbs («weiche Kartelle»). . . . .	255
a)	Beeinträchtigung des wirksamen Wettbewerbs .	255
b)	Der Begriff der Erheblichkeit. . . . .	255
aa)	In qualitativer Hinsicht. . . . .	256
bb)	In quantitativer Hinsicht. . . . .	257
cc)	Stand der Diskussion. . . . .	257
dd)	Die Erheblichkeitskriterien bei Vertikalabreden. . . . .	258
ee)	Intrabrand- oder Interbrand-Wettbewerb?	260
2.6.	Rechtfertigung durch Gründe der wirtschaftlichen Effizienz. . . . .	261
a)	Allgemeine Voraussetzungen. . . . .	261
b)	Die gesetzlichen Rechtfertigungsgründe von KG 5 II. . . . .	262
c)	Die Regelung gerechtfertigter Arten von Wettbewerbsabreden in Verordnungen und allgemeinen Bekanntmachungen gemäss KG 6. . . . .	263
2.7.	Beseitigung des wirksamen Wettbewerbs («harte Kartelle»). . . . .	265
a)	Die Unzulässigkeit von wettbewerbs- beseitigenden Wettbewerbsabreden. . . . .	265
b)	Die Vermutung einer Wettbewerbsbeseitigung .	266
aa)	Preisabsprachen. . . . .	266
bb)	Mengenabsprachen. . . . .	268
cc)	Gebietsabsprachen. . . . .	269
c)	Folgen der Vermutung. . . . .	269
aa)	Die Widerlegbarkeit der Vermutung. . . . .	269
bb)	Im Zivilverfahren. . . . .	270
cc)	Im Verwaltungsverfahren. . . . .	270
2.8.	Zivilrechtliche Gültigkeit unzulässiger Wettbewerbsabreden. . . . .	271
2.9.	Schematische Darstellung. . . . .	274
3.	Unzulässige Verhaltensweisen marktbeherrschender Unternehmen. . . . .	274

3.1.	Der Begriff des marktbeherrschenden Unternehmens. . . . .	274
	a) Der relevante Markt . . . . .	274
	b) Marktmacht . . . . .	275
	c) Marktbeherrschung . . . . .	275
	aa) Allgemein . . . . .	275
	bb) Kollektive Marktbeherrschung? . . . . .	277
	cc) Nachfragemacht . . . . .	278
3.2.	Die grundsätzliche Zulässigkeit marktbeherrschender Unternehmen . . . . .	278
3.3.	Die Unzulässigkeit missbräuchlichen Verhaltens . . . . .	278
	a) Die Generalklausel von KG 7 I . . . . .	278
	b) Unzulässige Verhaltensweisen im Einzelnen . . . . .	280
	aa) Verweigerung von Geschäftsbeziehungen (KG 7 II a). . . . .	280
	bb) Diskriminierung von Handelspartnern bei Preisen oder sonstigen Geschäftsbedingungen (KG 7 II b). . . . .	282
	cc) Erzwingung unangemessener Preise oder sonstiger Geschäftsbedingungen (KG 7 II c). . . . .	282
	dd) Unterbieten von Preisen oder sonstigen Geschäftsbedingungen (KG 7 II d). . . . .	284
	ee) Einschränkung der Erzeugung, des Absatzes oder der technischen Entwicklung (KG 7 II e). . . . .	284
	ff) Koppelungsverträge (KG 7 II f). . . . .	285
3.4.	Schematische Darstellung. . . . .	286
4.	Unternehmenszusammenschlüsse . . . . .	286
4.1.	Zweck der gesetzlichen Regelung von Unternehmenszusammenschlüssen . . . . .	286
4.2.	Begriff des Unternehmenszusammenschlusses. . . . .	287
	a) Fusion . . . . .	288
	b) Kontrollerwerb . . . . .	289
	c) Vollfunktions-Gemeinschaftsunternehmen (konzentrierte Joint Ventures). . . . .	289
4.3.	Meldepflichtige Zusammenschlussvorhaben (Aufgreifkriterien). . . . .	291
	a) Zusammenschlüsse über den gesetzlichen Schwellenwerten. . . . .	291
	b) Schwellenwerte im Medienbereich . . . . .	292
	c) Schwellenwerte bei Versicherungsgesellschaften und Banken. . . . .	292
	d) Zusammenschluss mit einem marktbeherrschenden Unternehmen . . . . .	293
	e) Inhalt der Meldung . . . . .	293
	f) Zeitpunkt der Meldung . . . . .	294
	g) Zivilrechtliche Folge der Meldepflicht . . . . .	295

4.4.	Beurteilung von Zusammenschlussvorhaben (Eingreifkriterien) . . . . .	295
	a) Allgemeines. . . . .	295
	b) Begründung oder Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung . . . . .	296
	c) Gefahr der Beseitigung wirksamen Wettbewerbs. . . . .	296
	d) Verbesserung der Wettbewerbsverhältnisse auf einem anderen Markt . . . . .	296
	e) Stellung der Unternehmen im internationalen Wettbewerb. . . . .	297
	f) Sanierungsfusionen. . . . .	297
5.	Ausnahmsweise Zulassung aus überwiegenden öffentlichen Interessen . . . . .	298
6.	Verfahren . . . . .	299
6.1.	Verwaltungsrechtliches Verfahren (KG 18-53) . . . . .	299
	a) Wettbewerbsbehörden (KG 18-25). . . . .	299
	aa) Wettbewerbskommission . . . . .	299
	bb) Kammern . . . . .	302
	cc) Präsidium . . . . .	302
	dd) Sekretariat . . . . .	303
	ee) Rekurskommission für Wettbewerbs- fragen . . . . .	305
	b) Anwendbarkeit des Verwaltungsverfahren- gesetzes (KG 39). . . . .	305
	aa) Allgemeines. . . . .	305
	bb) Prozessmaximen im Kartellverwaltungs- verfahren . . . . .	306
	cc) Ausstand . . . . .	307
	dd) Vertretung im Verfahren . . . . .	308
	ee) Anwendung des VwVG und des OG auf das Rechtsmittelverfahren . . . . .	308
	ff) Allgemeines zu den Verfahrens- beteiligten . . . . .	308
	c) Untersuchung von Wettbewerbsbeschränkungen (KG 26-31). . . . .	310
	aa) Parteien und Beteiligte . . . . .	310
	bb) Vorabklärung (KG 26). . . . .	312
	cc) Untersuchung (KG 27-28). . . . .	314
	dd) Vorsorgliche Massnahmen . . . . .	316
	ee) Einvernehmliche Regelung (KG 29). . . . .	317
	ff) Entscheid (KG 30). . . . .	318
	gg) Beschwerdeverfahren . . . . .	319
	hh) Verfahren der Ausnahmegenehmigung (KG 31). . . . .	319
	d) Prüfung von Unternehmenszusammenschlüssen (KG 32-38). . . . .	321
	aa) Parteien und Beteiligte. . . . .	321



	bb) Einleitung des Prüfungsverfahrens (KG 32) . . . . .	322
	cc) Prüfungsverfahren (KG 33). . . . .	324
	dd) Prüfung von Zusammenschlüssen bei Banken. . . . .	325
	ee) Verfahren der Ausnahmegenehmigung (KG 36). . . . .	325
	ff) Wiederherstellung wirksamen Wett- bewerbs (KG 37, 38). . . . .	326
6.2.	Zivilrechtliches Verfahren (KG 12-17). . . . .	327
	a) Zuständige Instanz . . . . .	327
	b) Grundlagen . . . . .	327
	c) Vorsorgliche Massnahmen . . . . .	327
	d) Stellenwert des Zivilverfahrens. . . . .	327
	e) Vorlagepflicht (KG 15). . . . .	329
	f) Die einzelnen Ansprüche. . . . .	329
	aa) Allgemeines . . . . .	329
	bb) Schadenersatz und Genugtuung (KG 12Ib). . . . .	330
	cc) Klage auf Unterlassung und Beseitigung (KG 12Ia). . . . .	330
	dd) Ungültigerklärung von Verträgen (KG 13 a). . . . .	331
	ee) Kontrahierungszwang (KG 13 b). . . . .	331
	ff) Feststellungsanspruch. . . . .	332
	g) Legitimation . . . . .	332
7.	Sanktionen. . . . .	333
7.1.	Verwaltungssanktionen (KG 50-53). . . . .	333
	a) Zuständigkeit zur Verhängung von Verwaltungssanktionen. . . . .	333
	b) Verstöße gegen einvernehmliche Regelungen und behördliche Anordnungen (KG 50). . . . .	334
	aa) Adressaten von Verwaltungssanktionen . . . . .	334
	bb) Verstöße. . . . .	334
	cc) Sanktion. . . . .	335
	c) Verstöße im Zusammenhang mit Unter- nehmenszusammenschlüssen (KG 51). . . . .	336
	aa) Adressaten der Verwaltungssanktion. . . . .	336
	bb) Verstöße. . . . .	336
	cc) Sanktion. . . . .	337
	d) Revision des Sanktionssystems. . . . .	337
	aa) Direkte Sanktionen. . . . .	337
	bb) Bonusregelung. . . . .	338
	e) Andere Verstöße. . . . .	338
7.2.	Strafsanktionen (KG 54-57). . . . .	338
	a) Zuständigkeit für Strafsanktionen. . . . .	339
	b) Widerhandlungen gegen einvernehmliche Regelungen und behördliche Anordnungen . . . . .	339

c)	Andere Widerhandlungen . . . . .	339
B.	<i>Europäisches Kartellrecht</i> . . . . .	340
1.	Grundzüge und Geltungsbereich . . . . .	340
1.1.	Grundzüge . . . . .	340
1.2.	Geltungsbereich . . . . .	341
a)	Persönlicher Geltungsbereich . . . . .	341
b)	Sachlicher Geltungsbereich . . . . .	341
c)	Örtlicher Geltungsbereich . . . . .	341
2.	Wettbewerbsbehörden . . . . .	342
2.1.	Die europäische Kommission . . . . .	342
2.2.	Generaldirektion Wettbewerb . . . . .	342
2.3.	Der europäische Gerichtshof (EuGH) und das Gericht erster Instanz (EuG) . . . . .	343
2.4.	Überblick über die relevanten Rechtsakte . . . . .	344
a)	Primäres Gemeinschaftsrecht . . . . .	344
b)	Sekundäres Gemeinschaftsrecht . . . . .	344
aa)	Verordnungen (VO; EGV 249 II) . . . . .	344
bb)	Richtlinien (RL; EGV 249III) . . . . .	345
cc)	Entscheidungen (EGV 249 IV) . . . . .	345
dd)	Empfehlungen/Stellungnahmen (EGV 249 V) . . . . .	345
ee)	Bekanntmachungen, Leitlinien, Mitteilungen . . . . .	346
3.	Verbot von Wettbewerbsabreden . . . . .	347
3.1.	Das Kartellverbot von EGV 81 . . . . .	347
a)	Unternehmen als Normadressat . . . . .	347
b)	Vereinbarung, Beschluss, abgestimmte Verhaltensweise . . . . .	349
aa)	Vereinbarungen . . . . .	350
bb)	Beschlüsse . . . . .	351
cc)	Abgestimmte Verhaltensweisen . . . . .	351
c)	Der relevante Markt . . . . .	352
d)	Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs . . . . .	353
e)	Bezwecken oder Bewirken . . . . .	354
f)	Zwischenstaatlicher Handel . . . . .	355
g)	Spürbarkeit . . . . .	356
aa)	Bagatellbekanntmachung . . . . .	356
bb)	Bündeltheorie . . . . .	358
h)	Einzelatbestände . . . . .	358
i)	Immaterialgüterrechte und Kartellrecht . . . . .	359
3.2.	Rechtsfolgen bei Verstößen . . . . .	359
a)	Zivilrechtlich . . . . .	359
b)	Verwaltungsrechtlich . . . . .	360
aa)	Geldbussen (DVO 22) . . . . .	360
bb)	Zwangsgelder (DVO 23) . . . . .	362
3.3.	Die Nichtanwendbarkeit von EGV 811 . . . . .	362
a)	Allgemeine Voraussetzungen . . . . .	362

b)	Das System der Legalausnahme. . . . .	364
aa)	Hinweis auf die frühere Regelung der Einzelfreistellung. . . . .	364
bb)	Die neue Durchführungsverordnung (DVO). . . . .	366
c)	Gruppenfreistellung. . . . .	367
aa)	Allgemeines. . . . .	367
bb)	Gruppenfreistellungsverordnung für vertikale Vereinbarungen. . . . .	368
cc)	Gruppenfreistellungsverordnung für Technologietransfer-Vereinbarungen. . . . .	369
dd)	Gruppenfreistellungsverordnung über Forschungs- und Entwicklungsverein- barungen. . . . .	370
ee)	Gruppenfreistellungsverordnung für Spezialisierungsvereinbarungen. . . . .	371
ff)	Branchenspezifische Gruppen- freistellungsverordnungen. . . . .	372
4.	Missbrauchsverbot für marktbeherrschende Unternehmen. . . . .	373
4.1.	Die marktbeherrschende Stellung. . . . .	374
4.2.	Die missbräuchliche Ausnutzung. . . . .	375
a)	Erzwingung unangemessener Preise oder Geschäftsbedingungen. . . . .	376
b)	Einschränkung der Produktion, des Absatzes oder der technischen Entwicklung. . . . .	377
c)	Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertiger Leistung gegenüber Handelspartnern. . . . .	378
d)	Koppelungsverträge. . . . .	379
e)	Leistungsverweigerung. . . . .	379
f)	Gezielte Preisunterbietung (Kampfpreise). . . . .	381
4.3.	Die Eignung zur Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten. . . . .	381
4.4.	Rechtsfolgen. . . . .	381
a)	Zivilrechtlich. . . . .	381
b)	Verwaltungsrechtlich. . . . .	382
5.	Die Fusionskontrolle. . . . .	382
5.1.	Die Definition des Zusammenschlusses. . . . .	383
5.2.	Insbesondere die Gründung eines Gemeinschafts- unternehmens. . . . .	384
5.3.	Meldung von Zusammenschlussvorhaben (Aufgreifkriterien). . . . .	384
5.4.	Beurteilung von Zusammenschlussvorhaben (Eingreifkriterien). . . . .	386
5.5.	Das Fusionskontrollverfahren. . . . .	387
a)	Zuständigkeit. . . . .	387
b)	Vorgespräche. . . . .	387

c)	Anmeldepflicht . . . . .	387
d)	Das Vollzugsverbot . . . . .	388
e)	Das Vorprüfungsverfahren. . . . .	388
f)	Das Hauptprüfungsverfahren. . . . .	389
g)	Rechtsmittel. . . . .	389
h)	Schnellverfahren für unproblematische Fälle ..	389
5.6.	Rechtsfolgen bei Verstößen. . . . .	390
5.7.	Das Verhältnis zum nationalen Recht betreffend die Fusionskontrolle. . . . .	390
6.	Staatliche Beihilfen. . . . .	390
	<b>Stichwortverzeichnis. . . . .</b>	<b>395</b>